



Protokollauszug
9. Sitzung vom 5. Mai 2021

89/2021 0.2.0 Postulat von Andres Uhl betreffend "Verbesserung der Stimm- und Wahlbeteiligung"
Antrag auf Abschreibung

1. Postulat

Am 12. Mai 2020 ist das folgende Postulat von Gemeindeparlamentarier Andres Uhl und 14 Mitunterzeichnenden eingegangen und am 29. Juni 2020 vom Gemeindeparlament an den Stadtrat überwiesen worden:

"Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die tiefe Stimm- und Wahlbeteiligung in der Stadt Schlieren verbessert werden kann."

Begründung

Die Stimm- und Wahlbeteiligung in der Stadt Schlieren ist seit Jahren sehr tief. Dies haben vor allem in den letzten Jahren die kommunalen Wahlen, die Kantons- und Regierungsratswahlen wie auch die Abstimmungen zu kommunalen und kantonalen Sachvorlagen gezeigt. Schlieren hat oft die tiefste Stimm- und Wahlbeteiligung im Bezirk Dietikon (zwischen 20 und 30 %). Das widerspiegelt nicht die politische Meinung der Bevölkerung.

Mögliche Ansätze zur Verbesserung der Stimm- und Wahlbeteiligung wären:

- frühzeitige und regelmässige Information in Print- und sozialen Medien*
- easyvote (www.easyvote.ch) einführen*
- regelmässige öffentliche Informationsveranstaltungen zu politischen Themen mit Einbezug von Vereinen, Parlament und Stadtrat*
- Einführung von Politiktagen an Schulen unter Mitwirkung vom Parlament und Stadtrat*
- Aktivierung der Jungbürgerfeier*
- Belohnung einführen bei regelmässiger Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen (zum Bsp. Essen mit Stadtrat)*
- Neuzuzügerinnen und Neuzuzüger aktiv abholen.*

2. Bericht an das Gemeindeparlament

2.1. Grenzen und Möglichkeiten

Das Anliegen des Postulats teilt der Stadtrat, weshalb er es entgegennahm. Bei der Prüfung von Möglichkeiten ist zu beachten, dass der Spielraum von Gesetzes wegen eingeschränkt ist. Für einige Ideen, die der Postulant sogleich schon thematisierte oder die der Stadtrat im Laufe des Prozesses prüfte, fehlt es an einer Rechtsgrundlage. Im Wesentlichen ist dies darauf zurückzuführen, dass das Teilnehmen an Wahlen und Abstimmungen ein Recht und keine Pflicht ist. Der Staat darf keine andere Botschaft vermitteln, als dass es in Ordnung ist, nicht teilzunehmen.

Der Stadtrat ist gesetzlich zu vollständiger, sachlicher, transparenter und verhältnismässiger Information verpflichtet. Zwischen spannend formulierten Informationen für die Stimmberechtigten und

politischer Propaganda, besteht nur ein schmaler Grat. Auch wenn eine hohe Stimm- und Wahlbeteiligung im Interesse des Stadtrats und der Demokratie im Allgemeinen liegt, ist die Grenze des Erlaubten schnell erreicht, wenn es um Massnahmen zur Erhöhung der Teilnehmenden geht. Sie beschränken sich in der Regel auf das Schaffen von Möglichkeiten, sich über die Themen zu informieren.

Neben den Organen des Staats spielen aus den genannten Gründen die Parteien eine wichtige Rolle in der politischen Diskussion und damit im Meinungsbildungsprozess. Sie dürfen und sollen die politische Auseinandersetzung aktiv führen und Stimmberechtigte motivieren, an den Abstimmungen und Wahlen teilzunehmen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Jugendarbeit der Parteien umfassend ausgebaut werden müsste.

2.2. Massnahmen

Das Postulat liefert spannende Inputs, von denen mehrere umgesetzt werden können oder bereits werden. Einzelne enthaltene Ansätze oder Massnahmen können hingegen nicht weiterverfolgt werden, weil es ihnen an einer Rechtsgrundlage fehlt.

Die Möglichkeiten der Informationen in Printmedien werden bereits weitgehend genutzt. Ein Auftritt in den sozialen Medien dürfte erfolgversprechend sein. So kann ein breites Zielpublikum erreicht werden. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass die Behördenkommunikation grosses Optimierungs- und Ausbaupotenzial aufweist. Die Ressourcen dafür sind so bemessen, dass der gesetzliche Grundauftrag erfüllt wird. Sollten ab 2022 Ressourcen zur Nutzung dieses Potenzials bereitstehen, wird der Stadtrat auch die sozialen Medien für die Information zu Wahlen und Abstimmungen nutzen. Auch öffentliche Informationsveranstaltungen unter Einbezug des Parlaments oder der Parteien haben in der Vergangenheit vereinzelt bereits stattgefunden. Denkbar ist, künftig vermehrt Anlässe dieser Art durchzuführen.

2.3. Jugend und Politik

Viele Menschen nehmen an jeder oder nahezu jeder Abstimmung teil. Finden Jugendliche oder junge Erwachsene keinen Bezug zur Politik, führt dies in der Regel dazu, dass sie während ihres gesamten Lebens nicht wählen oder abstimmen. Der Stadtrat ist deshalb überzeugt, dass diese Zielgruppe im Fokus der Massnahmen im Zusammenhang mit diesem Postulat stehen sollte. An den Schlieremer Schulen gibt es bereits Jugendparlamente. Würden Parlamentsmitglieder die Jugendparlamente aktiv begleiten und würde die Durchführung der Jugendparlamentssitzung im Reitmen stattfinden, würde dies die Attraktivität des Jugendparlaments deutlich steigern. Auch könnten so erste Kontakte zu den Parteien geknüpft werden.

Orientiert an den neuen Strukturen, die aus der Bearbeitung des Postulats "Lehrstellenbörse" entstanden, könnte ein vergleichbarer Kontakt zu den Schlieremer Lehrbetrieben aufgebaut und gepflegt werden. Viele Menschen, die das erste Mal wählen oder abstimmen dürfen, befinden sich zu diesem Zeitpunkt in der Lehre. Genau dann ist der richtige Zeitpunkt, um über den Inhalt einer Vorlage zu sprechen. Sobald die Unterlagen ein erstes Mal geöffnet und nicht verstanden werden, sinkt die Motivation, sich beim nächsten Mal wieder einzulesen. In Schlieren sind viele Firmen ansässig, die Lernende in den unterschiedlichsten Berufen ausbilden. Im Bewusstsein, dass nicht all diese Lernenden in Schlieren wohnen, könnte es sich dennoch lohnen, bei dieser Zielgruppe in die politische Ausbildung zu investieren. Der Stadtrat fände geeignet, wenn Parlamentsmitglieder die Betriebe besuchen würden. Mit einem Überblick über die aktuellen Vorlagen, die Informationskanäle und städtischen Strukturen könnte ein vergleichsweise einfacher Einstieg in die kommunale Politik erfolgen. Auch hier gilt wieder, dass ein persönlicher Kontakt der beste Türöffner ist. Der Stadtrat ist überzeugt, dass auch das Schlieremer Gewerbe davon profitieren würde. Interessieren sich die Lernenden und späteren Angestellten von Betrieben für politische Belange, nehmen sie mit einer höheren Wahrscheinlichkeit an einer Abstimmung teil, die für den Betrieb von Interesse ist.

2.4. Fazit

Da es sich um ein Teilnahmerecht und nicht eine Teilnahmepflicht handelt, ist es eine grosse Herausforderung, die Stimmbeteiligung im Allgemeinen und diejenige der jungen Erwachsenen im Speziellen erhöhen zu wollen. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme sind beschränkt. Präsenz in den sozialen Medien würde neue Möglichkeiten für Informationen und einen Dialog eröffnen. Die vermehrte Durchführung von Informationsanlässen könnte helfen, die Zielsetzung der niederschweligen Zugänglichkeit zu politischen Themen zu erreichen. Bei der Auswahl an Massnahmen ist der Fokus auf die jungen Erwachsenen zu legen. Die Durchführung von Jugendparlamentssitzungen analog der Gemeindeparlamentssitzungen dürfte Signalwirkung haben. Wenn aktive Kommunalpolitikerinnen und -politiker jungen Stimmberechtigten aufzeigen, dass die Politik nicht so kompliziert ist, wie sie vielleicht scheinen mag, könnte dies nachhaltig dazu beitragen, die Stimm- und Wahlbeteiligung zu verbessern.

Unabhängig davon, welche Massnahmen durch die Stadt realisiert werden, sind die Parteien gefordert, mit Aktivitäten und Präsenz die Stimmberechtigten zur Teilnahme zu motivieren und damit insbesondere Jugendlichen sowie neuen Mitgliedern eine niederschwellige Einstiegsmöglichkeit in die Politik zu bieten.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Dem Gemeindeparlament wird beantragt zu beschliessen:

Das Postulat von Andres Uhl betreffend "Verbesserung der Stimm- und Wahlbeteiligung" wird im Sinne von § 92 der Geschäftsordnung des Gemeindeparlaments als erledigt abgeschlossen.

2. Mitteilung an
 - Postulant
 - Gemeindeparlament
 - Stadtschreiberin
 - Archiv

Status: öffentlich

Stadtrat Schlieren

Markus Bärtschiger
Stadtpräsident

Janine Bron
Stadtschreiberin